

BUNDESGESETZBLATT

FÜR DIE REPUBLIK ÖSTERREICH

Jahrgang 1956

Ausgegeben am 29. September 1956

53. Stück

191. Verordnung: Abänderung der Postordnung.**192.** Kundmachung: Beitritt der Volksrepublik Polen zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich.**193:** Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken.

191. Verordnung des Bundesministeriums für Verkehr und Elektrizitätswirtschaft vom 6. September 1956, womit die Postordnung abgeändert wird.

Auf Grund des § 24 des Postgesetzes (Ah. Patent vom 5. November 1837, PGS. Nr. 47 aus 1838) wird verordnet:

Die Bestimmungen der Postordnung, BGBl. Nr. 329/1926, in der Fassung der Verordnungen BGBl. Nr. 205/1946, BGBl. Nr. 153/1948, BGBl. Nr. 172/1948, BGBl. Nr. 126/1949, BGBl. Nr. 206/1950, BGBl. Nr. 170/1951, BGBl. Nr. 262/1951, BGBl. Nr. 203/1952, BGBl. Nr. 170/1953 und BGBl. Nr. 253/1954 werden abgeändert wie folgt:

1. Der § 33 Abs. 2 hat zu lauten:

„(2) Tintenstift darf verwendet werden bei gewöhnlichen und eingeschriebenen Briefsendungen, bei Postauftragskarten und bei Paketen ohne Wertangabe oder mit einer Wertangabe bis 1.000 S, wenn der Inhalt nicht aus Gold- oder Silbersachen oder Geschmeide besteht (Leichtverschlußpakete), bei anderen Paketen aber nur dann, wenn die zu beschreibende Stelle vorher angefeuchtet wird. Farbstift darf nur bei gewöhnlichen Briefsendungen und Leichtverschlußpaketen, Bleistift oder das Durchdruckverfahren nur bei gewöhnlichen Briefsendungen, das Durchdruckverfahren überdies bei Paketkarten verwendet werden.“

2. Der § 38 Abs. 3 lit. a und b hat zu lauten:

„(3) a) Der Postbedienstete hat die Aufgabe von Wertbriefen, Paketen mit einer Wertangabe über 1.000 S und Postanweisungen amtlich zu bescheinigen. Dies geschieht mittels Postaufgabebescheines oder im Postaufgabebuch oder Postaufgabebogen.

Bei eingeschriebenen Briefsendungen sowie bei Paketen ohne oder mit einer Wertangabe bis zu 1.000 S wird eine Bescheinigung, sofern die Aufgabe nicht mit Postaufgabebuch oder Postaufgabebogen erfolgt, nur auf Verlangen gegeben. Bei eingeschriebenen Briefsendungen hat der Absender den hiezu aufgelegten Einlieferungsschein dem Vordruck entsprechend mit Tinte oder Tintenstift auszufüllen.

b) Dem Aufgeber kann auf Verlangen bei oder nach der Aufgabe ein Doppel der mittels Einlieferungsscheines, Postaufgabebescheines oder im Postaufgabebuche oder Postaufgabebogen erteilten Aufgabebescheinigung ausgestellt werden. Bei Paketen ohne oder mit einer Wertangabe bis zu 1.000 S kann einem solchen Verlangen nach der Aufgabe nur dann entsprochen werden, wenn die Aufgabe mittels Postaufgabebuches oder Postaufgabebogens erfolgte. Bei eingeschriebenen Briefsendungen hat der Antragsteller bei der Stellung des Verlangens nach der Aufgabe den Einlieferungsschein, das Postaufgabebuch bzw. den Postaufgabebogen vorzulegen. Auf Verlangen wird auch für mehrere von demselben Absender an denselben Empfänger gleichzeitig aufgebene gleichartige Sendungen mit anschließenden Aufgabenummern und sonst gleichen Aufgabemerkmale nur eine einzige Doppel-Aufgabebescheinigung ausgestellt, in der die Aufgabenummern samthaft unter Anführung der ersten und letzten Nummer eingetragen werden.

Bei Wertbriefen, Paketen mit einer Wertangabe über 1.000 S und Postanweisungen hat sich der Antragsteller bei Stellung des Verlangens nach der Aufgabe als Absender auszuweisen. Anträgen auf Ausstellung einer Doppel-Aufgabebescheinigung

kann nur während der für die Aufbewahrung von Annahmebüchern festgesetzten und kundgemachten Frist stattgegeben werden.

Für jede Doppel-Aufgabebescheinigung ist die Bescheinigungsgebühr zu entrichten. Verursacht die Ausstellung größere Nachforschungsarbeiten, so hat der Absender die durch die Gebühr nicht gedeckten Kosten zu vergüten; deren beiläufige Höhe wird vor der Nachforschung bekanntgegeben. Vor Zahlung der Kosten wird ihm die Doppel-Aufgabebescheinigung nicht ausgefolgt. Auf Verlangen des Postamtes hat der Antragsteller eine Sicherstellung in barem zu leisten, aus der sich die Post unmittelbar befriedigen kann.“

3. Der § 39 Abs. 3 lit. a hat zu lauten:

„(3) a) Der Landbriefträger hat die Aufgabe amtlich zu bescheinigen, bei eingeschriebenen Briefsendungen und Paketen ohne oder mit einer Wertangabe bis 1.000 S jedoch nur auf Verlangen. Dies geschieht bei eingeschriebenen Briefsendungen mittels Einlieferungsscheines, der vom Absender auszufüllen ist (§ 38 Abs. 3 lit. a), bei den übrigen Sendungen mittels Postaufgabescheines. Bei Sendungen mit einer Wertangabe oder einem Betrage von mehr als einem Viertel des für Postanweisungen zulässigen Betrages (§ 81), bei Sendungen, deren Gebühr er nicht bemessen oder deren Zulässigkeit er nicht beurteilen kann, sowie dann, wenn ihm in der Gebührenberechnung u. dgl. ein Fehler unterlaufen ist, wird die vom Landbriefträger ausgestellte Aufgabebescheinigung durch eine neue, vom Postamte ausgestellte ersetzt, die der Landbriefträger beim nächsten Dienstgange dem Absender gegen Einziehung der von ihm ausgestellten auszufolgen hat.“

4. Der § 40 Abs. 2 lit. a hat zu lauten:

„(2) a) Der Geschäftsführer hat die Aufgabe amtlich zu bescheinigen, bei eingeschriebenen Briefsendungen und Paketen ohne oder mit einer Wertangabe bis 1.000 S jedoch nur auf Verlangen. Dies geschieht bei eingeschriebenen Briefsendungen mittels Einlieferungsscheines, der vom Absender auszufüllen ist (§ 38 Abs. 3 lit. a), bei den übrigen Sendungen mittels Postaufgabescheines. Die Aufgabebescheinigungen der Postablage über Wertbriefe, Pakete mit einer Wertangabe über 1.000 S und Postanweisungen werden stets, jene über eingeschriebene Briefsendungen und Pakete ohne oder mit einer Wertangabe bis 1.000 S nur dann durch Aufgabebescheine des

Postamtes ersetzt, wenn die Postablage die Gebühren nicht bemessen oder die Zulässigkeit der Sendungen nicht beurteilen kann. Der Umtausch hat bei der nächsten Gelegenheit gegen Einziehung der vom Geschäftsführer ausgestellten Aufgabebescheinigung zu erfolgen.“

5. Der § 46 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Für eine verlorene Aufgabebescheinigung kann dem Verlustträger, wenn er sich als Absender ausweist und die Sendung in die Bücher der Post eingetragen ist, gegen Entrichtung der Bescheinigungsgebühr auf mündlichen oder schriftlichen Antrag vom Postamte eine Ersatzbescheinigung ausgestellt werden. Bei Verlust von Einlieferungsscheinen für eingeschriebene Briefsendungen und für Pakete ohne oder mit einer Wertangabe bis 1.000 S wird keine Ersatzbescheinigung ausgefertigt. Verursacht die Ausstellung größere Nachforschungsarbeiten, so hat der Absender die durch die Gebühr nicht gedeckten Kosten zu vergüten; deren beiläufige Höhe wird vor der Nachforschung bekanntgegeben. Vor Zahlung der Kosten wird ihm die Ersatzbescheinigung nicht ausgefolgt. Auf Verlangen des Postamtes hat der Antragsteller eine Sicherstellung in barem zu leisten, aus der sich die Post unmittelbar befriedigen kann. Anträgen auf Ausstellung einer Ersatzbescheinigung wird nur stattgegeben, solange die betreffenden postamtlichen Bücher aufbewahrt werden.“

6. Der § 77 Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Pakete mit einer Wertangabe über 1.000 S und Nachnahmepakete müssen mit Paketkarten versehen sein.“

7. Der § 77 a Abs. 1 hat zu lauten:

„(1) Pakete ohne oder mit einer Wertangabe bis 1.000 S und ohne Nachnahme sind ohne Paketkarte aufzugeben.“

8. Der § 127 Abs. 2 lit. b hat zu lauten:

„(2) b) die Ersatzzustellung erstreckt sich auf die eingeschriebenen Briefsendungen und die Pakete ohne Wertangabe, ferner bis zum Werte oder Betrage von einschließlich 1.000 S auf die Wertbriefe und Pakete mit Wertangabe sowie die Beträge zu Post- und Zahlungsanweisungen, auf solche Einschreibbriefsendungen, Wertbriefe und Pakete auch dann, wenn sie mit einer Nachnahme bis zur Höhe des Betrages der für die Ersatzzustellung maßgebenden Wertangabe belastet sind, oder soweit solche Sendungen nur angekündigt werden, auf die Bezugscheine;“

192. Kundmachung des Bundeskanzleramtes vom 17. September 1956 über den Beitritt der Volksrepublik Polen zum Staatsvertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich.

Nach einer Mitteilung des Ministeriums des Äußeren der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken ist am 20. August 1956 die Beitrittsurkunde der Volksrepublik Polen zum Staats-

vertrag betreffend die Wiederherstellung eines unabhängigen und demokratischen Österreich vom 15. Mai 1955, BGBl. Nr. 152, bei der Regierung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken hinterlegt worden.

Gemäß Artikel 37 des Staatsvertrages ist der Beitritt am 20. August 1956 in Kraft getreten.

Raab

193.

Nachdem der am 17. Oktober 1955 in Wien unterzeichnete Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken, welcher also lautet:

Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken

Der Bundespräsident der Republik Österreich und das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken haben, beseelt von dem Wunsche, zur Entfaltung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen den beiden Staaten auf der Grundlage der Gleichberechtigung und des beiderseitigen Vorteiles in jeder Hinsicht beizutragen, beschlossen, einen Vertrag über Handel und Schifffahrt abzuschließen und haben zu diesem Zweck als ihre Bevollmächtigten ernannt:

Der Bundespräsident der Republik Österreich:

Herrn Dr. h. c. Dipl.-Ing. Leopold Figl, Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten;

Das Präsidium des Obersten Sowjets der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:

Herrn Iwan Grigorjewitsch Kabanow, Minister für den Außenhandel der UdSSR, die nach Austausch ihrer Vollmachten, welche in gehöriger Form und in richtiger Ordnung gefunden wurden, folgendes vereinbart haben:

Artikel 1

Die Republik Österreich und die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken gewähren einander die unbedingte Behandlung des meistbegünstigten Staates auf dem Gebiete des Handels und der Schifffahrt zwischen den beiden Staaten.

Sie ergreifen im Rahmen ihrer einschlägigen Gesetzgebung alle geeigneten Maßnahmen, um den gegenseitigen Austausch von Waren und Dienstleistungen zu erleichtern und zu fördern.

Artikel 2

Keiner der Vertragschließenden Teile wird in bezug auf die Einfuhr aus dem Gebiet des anderen Vertragschließenden Teiles oder in bezug

Договор о торговле и судоходстве между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик

Федеральный Президент Австрийской Республики и Президиум Верховного Совета Союза Советских Социалистических Республик, одушевленные желанием всемерно содействовать развитию экономических отношений между обеими странами на основе равноправия и взаимной выгоды, решили заключить Договор о торговле и судоходстве и с этой целью назначили своими Уполномоченными:

Федеральный Президент Австрийской Республики —

Леопольда Фигля, Министра иностранных дел Австрийской Республики;

Президиум Верховного Совета Союза Советских Социалистических Республик —

Кабанова Ивана Григорьевича, Министра внешней торговли Союза ССР,

которые после обмена своими полномочиями, найденными в должной форме и надлежащем порядке, договорились о нижеследующем:

Статья 1

Австрийская Республика и Союз Советских Социалистических Республик предоставляют взаимно друг другу безусловный режим наиболее благоприятствуемой нации в области торговли и судоходства между обоими государствами.

Они предпримут в рамках своего соответствующего законодательства все надлежащие меры для облегчения и развития взаимного товарооборота и обмена услугами.

Статья 2

Каждая из Договаривающихся Сторон не будет применять в отношении ввоза из территории другой Стороны или вывоза на терри-

auf die Ausfuhr nach dem Gebiet des letzteren irgendwelche Einschränkungen, Verbote oder Formalitäten anwenden, die nicht in dieser Beziehung gegenüber allen anderen Staaten gleichfalls angewendet werden.

Artikel 3

Die Vertragsschließenden Teile gewähren einander die Behandlung des meistbegünstigten Staates in allem was Zölle, Import- und Exportgebühren und inländische Besteuerung der eingeführten Waren betrifft sowie auch hinsichtlich aller Vorschriften, die sich hierauf beziehen.

In Übereinstimmung damit werden die Boden- und Industrieerzeugnisse, die aus dem Gebiet eines der Vertragsschließenden Teile stammen, sowohl bei ihrer Einfuhr als auch bei ihrer Ausfuhr nach dem Gebiete des anderen Vertragsschließenden Teiles hinsichtlich ihrer Belastung mit Zöllen, Steuern und Gebühren in keinem Falle einer weniger günstigen Behandlung unterworfen werden als die gleichen Boden- und Industrieerzeugnisse, die aus dem Gebiet des meistbegünstigten Staates stammen.

Die Boden- und Industrieerzeugnisse, die aus dem Gebiet eines der Vertragsschließenden Teile stammen, nachdem sie im Transit durch das Gebiet eines oder mehrerer dritter Staaten transportiert worden sind, bei ihrer Einfuhr in das Gebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles mit keinen höheren Zöllen, Steuern und Gebühren belastet werden als jenen, mit denen sie belastet worden wären, wenn sie unmittelbar aus ihrem Ursprungslande eingeführt worden wären. Diese Bestimmung wird auch für Waren angewendet, die während ihres Transportes umgeladen, umgepackt oder eingelagert werden.

Die Vertragsschließenden Teile gewähren einander die Behandlung des meistbegünstigten Staates in bezug auf die Form der Einhebung von Zollgebühren, die Tarifierung und Klassifizierung von Waren, die Auslegung des Zolltarifes, die Rückerstattung von Zöllen, den Re-export, die Umladung und die Lagerung von Waren.

Artikel 4

Die Boden- und Industrieerzeugnisse, die aus dem Gebiet des einen der Vertragsschließenden Teile stammen, werden nach ihrer Einfuhr in das Gebiet des anderen Vertragsschließenden Teiles keinerlei anderen oder höheren inländischen Steuern oder Gebühren unterworfen werden als jenen, die von gleichartigen Boden- und Industrieerzeugnissen, die aus dem Gebiete eines beliebigen dritten Staates stammen, eingehoben werden oder in Zukunft eingehoben werden könnten.

торию этой последней каких-либо ограничений, запрещений или формальностей, которые не применялись бы в этом отношении ко всем другим государствам.

Статья 3

Договаривающиеся Стороны предоставляют друг другу режим наиболее благоприятствованией нации в отношении всего того, что касается таможенных пошлин и сборов по импорту и экспорту, внутреннего обложения импортируемых товаров, а также всех правил, относящихся к этому.

В соответствии с этим произведения почвы и промышленности, происходящие из территории одной из Договаривающихся Сторон как при ввозе, так и при вывозе их на территорию другой Договаривающейся Стороны, ни в коем случае не будут подвергаться в отношении их обложения таможенными пошлинами, налогами и сборами менее благоприятному режиму, чем такие же произведения почвы и промышленности, происходящие из территории наиболее благоприятствуемого государства.

Произведения почвы и промышленности, происходящие из территории одной из Договаривающихся Сторон, после провоза их транзитом через территорию одного или нескольких третьих государств, при ввозе их на территорию другой Стороны не будут облагаться таможенными пошлинами, налогами и сборами более высокими, чем те, которыми они были бы обложены, если бы они были ввезены непосредственно из страны своего происхождения. Это постановление будет применяться также и в отношении товаров, которые во время их перевозки будут перегружены, переупакованы или складированы.

Договаривающиеся Стороны предоставляют друг другу режим наиболее благоприятствованией государства в отношении способа взимания таможенных пошлин, тарификации и классификации товаров, толкования таможенного тарифа, возврата таможенных пошлин, реэкспорта, перегрузки и складирования товаров.

Статья 4

Произведения почвы и промышленности, происходящие с территории одной из Договаривающихся Сторон, не будут подвергаться после ввоза их на территорию другой Стороны каким-либо иным или более высоким внутренним налогам и сборам, чем те, которые взимаются или в будущем могут взиматься с подобных же произведений почвы и промышленности, происходящих с территории любого третьего государства.

Artikel 5

Die Bestimmungen der Artikel 2, 3 und 4 dieses Vertrages werden auf folgende Fälle nicht angewendet werden:

- a) auf Begünstigungen, die einer der beider Vertragschließenden Teile den Nachbarstaaten gewährt hat oder in Zukunft gewähren wird, um die Grenzbeziehungen mit den Nachbarstaaten zu erleichtern;
- b) auf Begünstigungen, die sich aus einer Zollunion ergeben, die zwischen einem der Vertragschließenden Teile und dritten Staaten abgeschlossen wurde oder in Zukunft abgeschlossen wird.

Artikel 6

Unter Beachtung der Bedingungen, die für eine zeitweilige Zulassung in die Gebiete der beiden Vertragschließenden Teile gelten, werden folgende Gegenstände von Zöllen und anderen Gebühren bei der Ein- und Ausfuhr befreit werden:

- a) Warenmuster, die nicht als Gebrauchsgegenstände verwendet werden können;
- b) Gegenstände, darunter Maschinen und Maschinenteile, die zur Durchführung von Proben, Experimenten und Reparaturen eingeführt werden;
- c) Gekennzeichnete Umschließungen und Behältnisse, die üblicherweise im Handel verwendet werden und für den Warentransport vorgesehen sind;
- d) Waren, die für Ausstellungen, Handelsmessen und Wettbewerbe bestimmt sind.

Artikel 7

Die Schiffe eines jeden der Vertragschließenden Teile und die Schiffsladungen werden bei der Einfahrt und Ausfuhr sowie während des Aufenthaltes in den Häfen des anderen Vertragschließenden Teiles in jeder Beziehung die Behandlung der Meistbegünstigung genießen.

Die Bestimmungen dieses Artikels erstrecken sich nicht:

- a) auf die Durchführung von Hafendiensten, einschließlich des Lotsen- und Bugsierdienstes in den Häfen; die Durchführung dieser Dienste behält sich jeder Vertragschließende Teil vor;
- b) auf die Kabotage, wobei es jedoch nicht als Kabotage angesehen wird, wenn die Schiffe eines jeden der Vertragschließenden Teile von einem Hafen zu einem anderen Hafen desselben Vertragschließenden Teiles fahren, um dort die aus dem Ausland mitgebrachte Ladung ganz oder zum Teil zu löschen oder eine für einen fremden Staat bestimmte Ladung zur Gänze oder zum Teil an Bord zu nehmen.

Статья 5

Постановления статей 2, 3 и 4 настоящего Договора не будут распространяться:

- a) на преимущества, которые предоставлены или могут быть предоставлены в будущем одной из Договаривающихся Сторон в целях облегчения пограничных сношений с соседними государствами;
- б) на преимущества, вытекающие из таможенного союза, заключенного одной из Договаривающихся Сторон или могущего быть заключенным в будущем.

Статья 6

При соблюдении условий, существующих для временного допуска на территории обеих Договаривающихся Сторон, следующие предметы будут освобождаться от таможенных пошлин и других сборов при ввозе и вывозе:

- a) образцы товаров, не могущие быть использованными как предметы потребления;
- б) предметы, в том числе машины и части машин, ввезенные для производства испытаний, опытов или ремонта;
- в) маркированные упаковка и тара, обычно употребляемые в торговле и предназначенные для перевозки товаров;
- г) товары, предназначенные для выставок, конкурсов и ярмарок.

Статья 7

Суда каждой из Договаривающихся Сторон и их грузы будут при входе и выходе, а также во время пребывания в портах другой Стороны пользоваться во всех отношениях режимом наибольшего благоприятствования.

Постановления настоящей статьи не распространяются:

- a) на выполнение портовых служб, включая лоцманскую проводку и буксировку в портах; выполнение этих служб каждая из Договаривающихся Сторон оставляет за собой;
- б) на каботажное судоходство; однако каботажем не считается следование судов каждой Договаривающейся Стороны из одного порта другой Стороны в иной её порт в целях выгрузки части или всего груза, привезенного из-за границы, или же в целях принятия на борт целого или части груза с местом назначения в иностранное государство.

Artikel 8

Die Schiffsnationalität wird entsprechend den Gesetzen und Bestimmungen jedes der Vertragsschließenden Teile gegenseitig anerkannt werden, auf Grund von Dokumenten und Patenten, die von den zuständigen Behörden des betreffenden Vertragsschließenden Teiles ausgestellt wurden und sich an Bord des Schiffes befinden.

Dokumente, die die Konstruktion des Schiffes, seine Ausrüstung und die Schiffsbemannung betreffen, sowie Meßbriefe, Registerzeugnisse und andere ähnliche technische Schiffsdokumente, die durch einen der Vertragsschließenden Teile ausgestellt wurden oder anerkannt sind und die sich an Bord des Schiffes befinden, werden auch von dem anderen Vertragsschließenden Teil anerkannt werden.

Artikel 9

In Anbetracht der Tatsache, daß nach den Gesetzen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken der Außenhandel in der UdSSR ein Staatsmonopol ist, wird die Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Republik Österreich ihre Handelsvertretung haben, deren Rechtsstellung durch die in der einen integrierenden Bestandteil dieses Vertrages bildenden Beilage enthaltenen Bestimmungen geregelt ist.

Artikel 10

Juristische Personen und Handelsgesellschaften, die ihren Sitz auf dem Territorium des einen der Vertragsschließenden Teile haben, werden in gleicher Weise auf dem Territorium des anderen Vertragsschließenden Teiles anerkannt werden und ebenso wie physische Personen dieselbe Behandlung genießen, wie die juristischen Personen, Handelsgesellschaften und physischen Personen des meistbegünstigten Staates.

Die juristischen Personen, Handelsgesellschaften und physischen Personen eines der Vertragsschließenden Teile werden das Recht haben, die Gerichte des anderen Vertragsschließenden Teiles anzurufen, sowohl als Kläger als auch zur Verteidigung ihrer Rechte.

Artikel 11

Juristische Personen, Handelsgesellschaften, physische Personen der Republik Österreich und juristische Personen, Handelsgesellschaften, physische Personen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken können vereinbaren, daß die aus den abgeschlossenen kommerziellen Verträgen entstehenden Streitigkeiten der Entscheidung durch ein Schiedsgericht unterworfen werden. Die Vereinbarung auf ein Schiedsgericht, das entweder ständig tätig sein oder besonders für den Streitfall gebildet werden wird, muß in dem Vertrage selbst oder in einer besonderen Vereinbarung vorgesehen sein, die in der für den Vertrag erforderlichen Form getroffen wurde. Eine

Статья 8

Национальность судов будет взаимно признаваться, согласно законам и постановлениям каждой из Договаривающихся Сторон, на основании документов и патентов, выданных надлежащими властями соответствующей Стороны и находящихся на борту судна.

Документы, касающиеся конструкции судна, его оборудования и судового экипажа, а также мерительные и регистровые свидетельства и другие подобные технические судовые документы, выданные или признаваемые одной из Договаривающихся Сторон и находящиеся на борту судна, будут признаваться и другой Стороной.

Статья 9

Ввиду того, что по законам Союза Советских Социалистических Республик монополия внешней торговли в СССР принадлежит государству, Союз Советских Социалистических Республик будет иметь в Австрийской Республике свое Торговое Представительство, правовое положение которого определяется постановлениями Приложения к настоящему Договору, составляющего его неотъемлемую часть.

Статья 10

Юридические лица и торговые общества, имеющие свое местопребывание на территории одной из Договаривающихся Сторон, будут одинаково признаваться на территории другой и будут пользоваться так же как и физические лица таким же режимом, как юридические лица, торговые общества и физические лица наиболее благоприятствуемого государства.

Юридические лица, торговые общества и физические лица одной из Договаривающихся Сторон будут иметь право обращаться в суды другой Стороны как в качестве истца, так и для защиты своих прав.

Статья 11

Юридические лица, торговые общества, физические лица Австрийской Республики и юридические лица, торговые общества, физические лица Союза Советских Социалистических Республик могут договариваться о том, что споры, возникающие из заключаемых торговых сделок, будут разрешаться арбитражем. Договоренность относительно арбитража, который будет либо постоянно действующим, либо будет специально образован на случай спора, должна быть предусмотрена в самой сделке или же в отдельном соглашении, облеченном в требуемую для самой сделки форму. Такая договоренность исключает под-

solche Vereinbarung schließt die Zuständigkeit der staatlichen Gerichte der Vertragschließenden Teile aus.

Die Vertragschließenden Teile verpflichten sich, die Vollstreckung der auf Grund der im ersten Absatz dieses Artikels erwähnten Vereinbarungen ergangenen Schiedssprüche auf ihrem Gebiete zuzulassen.

Die Vollstreckung von Schiedssprüchen kann nur in folgenden Fällen abgelehnt werden:

- a) wenn der Schiedsspruch auf Grund der Gesetze des Staates, in dem er gefällt wurde, nicht in Rechtskraft erwachsen ist;
- b) wenn durch den Schiedsspruch die Partei zu einer Handlung verpflichtet wird, die nach den Gesetzen des Staates, in dem die Vollstreckung begehrt wird, unzulässig ist;
- c) wenn der Schiedsspruch gegen die öffentliche Ordnung des Staates, in dem die Vollstreckung begehrt wird, verstößt.

Die Schiedssprüche werden in Übereinstimmung mit den Gesetzen des Staates vollstreckt, in dem die Vollstreckung begehrt wird.

Artikel 12

Die Vertragschließenden Teile werden den Erfahrungsaustausch zwischen beiden Staaten auf dem Gebiete der Industrie, der Land- und Forstwirtschaft und des Transportwesens unter Wahrung des beiderseitigen Vorteiles fördern.

Artikel 13

Dieser Vertrag wird in möglichst kurzer Zeit ratifiziert werden und am Tage des Austausches der Ratifikationsurkunden in Kraft treten. Dieser Austausch wird zu Moskau stattfinden.

Der Vertrag wird für eine Frist von fünf Jahren geschlossen. Wenn keiner der Vertragschließenden Teile zwölf Monate vor Ablauf der angeführten fünfjährigen Frist eine schriftliche Erklärung über seinen Wunsch, den Vertrag zu kündigen, abgibt, wird dieser so lange in Kraft bleiben, bis einer der Vertragschließenden Teile ihn mit zwölfmonatiger Kündigungsfrist aufkündigt.

ZU URKUND dessen haben die Bevollmächtigten beider Vertragschließender Teile diesen Vertrag unterzeichnet und mit ihren Siegeln versehen.

GESCHEHEN zu Wien am 17. Oktober 1955 in zwei urschriftlichen Ausfertigungen, jede in deutscher und russischer Sprache, wobei beide Texte in gleicher Weise authentisch sind.

Für die
Republik Österreich:
Figl m. p.

Für die
Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken:
Kabanow m. p.

судность государственным судам Договаривающихся Сторон.

Договаривающиеся Стороны обязуются давать исполнение на их территории арбитражным решениям, вынесенным на основании договоренности, упомянутой в первом абзаце настоящей статьи.

В исполнении арбитражных решений может быть отказано лишь в следующих случаях:

- a) если арбитражное решение на основании законов того государства, в котором оно вынесено, не приобрело значения вступившего в силу окончательного решения;
- b) если арбитражное решение обязывает сторону к действию, недопустимому по законам государства, в котором испрашивается исполнение решения;
- в) если арбитражное решение противоречит публичному порядку государства, в котором испрашивается исполнение решения.

Арбитражные решения будут исполняться в соответствии с законами того государства, в котором испрашивается их исполнение.

Статья 12

Договаривающиеся Стороны будут содействовать обмену между обоими государствами опытом в области промышленности, сельского и лесного хозяйства и транспорта на взаимно выгодных условиях.

Статья 13

Настоящий Договор будет ратифицирован в возможно кратчайший срок и вступит в силу в день обмена ратификационными грамотами, который будет иметь место в Москве.

Договор заключается сроком на пять лет. Если ни одна из Договаривающихся Сторон не сделает за двенадцать месяцев до истечения указанного пятилетнего срока письменного заявления о своем желании отказаться от Договора, последний будет оставаться в силе до тех пор, пока одна из Сторон не денонсирует его с предупреждением за двенадцать месяцев.

В удостоверение чего Уполномоченные обеих Договаривающихся Сторон подписали настоящий Договор и приложили к нему свои печати.

Совершено в Вене 17 октября 1955 года в двух подлинных экземплярах, каждый на немецком и русском языках, причём оба текста имеют одинаковую силу.

По уполномочию Федерального Президента Австрийской
Республики
п/п Фигль

По уполномочию Президиума Верховного Совета Союза
Советских Социалистических Республик
п/п Кabanов

Beilage

zum Vertrag über Handel und Schifffahrt zwischen der Republik Österreich und der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken vom 17. Oktober 1955

Die Rechtsstellung der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in der Republik Österreich

Artikel 1

Die Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Österreich hat zur Aufgabe:

- a) zur Entwicklung der wirtschaftlichen Beziehungen zwischen der Republik Österreich und der UdSSR beizutragen;
- b) die Interessen der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Österreich in allem, was den Außenhandel betrifft, zu vertreten;
- c) den Handel zwischen der Republik Österreich und der UdSSR abzuwickeln.

Artikel 2

Die Handelsvertretung stellt einen integrierenden Bestandteil der Botschaft der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken in Österreich dar und hat ihren Sitz in Wien. Die Handelsvertretung wird eine Abteilung in Linz haben.

Der Chef der Handelsvertretung der Union der Sozialistischen Sowjetrepubliken und seine drei Stellvertreter genießen alle Immunitäten und Privilegien, die den Mitgliedern von diplomatischen Vertretungen zustehen.

Außer den im vorhergehenden Absatz erwähnten Personen werden jene Angestellten der Handelsvertretung, die Staatsbürger der UdSSR sind, von österreichischen Steuern auf Einkünfte, die sie im Dienste der Regierung der UdSSR beziehen, befreit sein.

Die Räumlichkeiten, die von der Handelsvertretung benützt werden, genießen Exterritorialität.

Die Handelsvertretung hat das Recht, Chiffre zu verwenden.

Die Handelsvertretung unterliegt nicht den Vorschriften über das Handelsregister.

Artikel 3

Die Handelsvertretung übt ihre Tätigkeit im Namen der Regierung der UdSSR aus. Die Re-

Приложение

к Договору о торговле и судоходстве между Австрийской Республикой и Союзом Советских Социалистических Республик от 17 октября 1955 года

О Правовом Положении Торгового Представительства Союза Советских Социалистических Республик в Австрийской Республике

Статья 1

Торговое Представительство Союза Советских Социалистических Республик в Австрии выполняет следующие функции:

- a) содействие развитию экономических отношений между Австрийской Республикой и СССР;
- b) представительство интересов Союза Советских Социалистических Республик в Австрии во всем, что касается внешней торговли;
- в) осуществление торговли между Австрийской Республикой и СССР.

Статья 2

Торговое Представительство является составной частью Посольства Союза Советских Социалистических Республик в Австрии и имеет своим местопребыванием Вену. Торговое Представительство будет иметь свое Отделение в городе Линц.

Торговый Представитель Союза Советских Социалистических Республик в Австрии и три его заместителя пользуются всеми иммунитетами и привилегиями, присвоенными членам дипломатических представительств.

Кроме лиц, указанных в предыдущем абзаце, служащие Торгового Представительства, являющиеся гражданами СССР, будут освобождены от австрийских налогов на доходы, которые они будут получать на службе у Правительства Союза ССР.

Помещения, занимаемые Торговым Представительством, пользуются экстерриториальностью.

Торговое Представительство имеет право пользоваться шифром.

Торговое Представительство не подлежит правилам о торговом реестре.

Статья 3

Торговое Представительство действует от имени Правительства Союза ССР. Прави-

gierung der UdSSR wird nur durch kommerzielle Kontrakte verpflichtet, die in Österreich im Namen der Handelsvertretung geschlossen oder garantiert und von den hiezu bevollmächtigten Personen unterzeichnet werden.

Die Handelsvertretung wird in dem offiziellen Organ der Republik Österreich die Namen der Personen veröffentlichen, die im Namen der Handelsvertretung zu Rechtshandlungen bevollmächtigt sind, sowie auch Angaben über den Umfang der Rechte jeder dieser Personen in bezug auf die Unterzeichnung der kommerziellen Verpflichtungen der Handelsvertretung. Jede Veränderung muß in demselben Organ veröffentlicht werden.

Die Haftung für kommerzielle Kontrakte, die ohne Garantie der Handelsvertretung durch eine beliebige sowjetische Organisation geschlossen worden sind, trifft nur diese Organisation und die Erfüllung dieser Kontrakte kann nur aus deren Vermögen begehrt werden.

Artikel 4

Die der Handelsvertretung zugestandenene Immunitäten und Privilegien erstrecken sich auch auf ihre kommerzielle Tätigkeit, jedoch mit folgenden Ausnahmen:

- a) Streitfälle aus kommerziellen Kontrakten, die auf österreichischem Territorium durch die Handelsvertretung abgeschlossen oder garantiert worden sind, unterliegen bei Fehlen einer Schiedsvereinbarung der Kompetenz österreichischer Gerichte und werden in Übereinstimmung mit der österreichischen Gesetzgebung entschieden werden, wenn es durch die Bestimmungen der einzelnen Kontrakte nicht anders vorgesehen ist. Hierbei wird jedoch keine einstweilige Verfügung oder Exekution zur Sicherstellung zur Wahrung von Ansprüchen gegen die Handelsvertretung zugelassen;
- b) die Zwangsvollstreckung von endgültigen Entscheidungen, die gegen die Handelsvertretung in den im Punkte a) erwähnten Streitfällen ergangen sind, ist zulässig; sie kann sich indessen nur auf Waren und Forderungen der Handelsvertretung erstrecken.

тьство Союза ССР несет ответственность лишь по торговым сделкам, которые будут заключены или гарантированы в Австрии от имени Торгового Представительства и подписаны уполномоченными на то лицами.

Торговое Представительство будет публиковать в официальном органе Австрийской Республики фамилии лиц, уполномоченных от его имени к правовым действиям, а также сведения об объеме прав каждого из этих лиц в отношении подписания торговых обязательств Торгового Представительства. Всякое изменение должно быть опубликовано в том же органе.

Ответственность по каким бы то ни было торговым сделкам, заключенным без гарантии Торгового Представительства какими бы то ни было советскими организациями, несут лишь упомянутые организации и исполнение по этим сделкам может быть обращено лишь на их имущество.

Статья 4

Иммуниеты и привилегии, предоставленные Торговому Представительству, распространяются также на его торговую деятельность со следующими изъятиями:

- a) споры по торговым сделкам, заключенным или гарантированным на территории Австрии Торговому Представительством, подлежат, при отсутствии оговорки о третейском разбирательстве, компетенции австрийских судов и будут разрешаться в соответствии с австрийским законодательством, если не будет предусмотрено иначе условиями отдельных контрактов. При этом, однако, не допускается обеспечение исков к Торговому Представительству;
- б) принудительное исполнение окончательных судебных решений, вынесенных против Торгового Представительства по упомянутым в пункте а) спорам, может иметь место, но лишь в отношении товаров и долговых требований Торгового Представительства.

die verfassungsmäßige Genehmigung des Nationalrates erhalten hat, erklärt der Bundespräsident diesen Vertrag für ratifiziert und verspricht im Namen der Republik Österreich die gewissenhafte Erfüllung der darin enthaltenen Bestimmungen.

Zu Urkund dessen ist die vorliegende Ratifikationsurkunde vom Bundespräsidenten unterzeichnet, vom Bundeskanzler, vom Bundesminister für Inneres, Bundesminister für Justiz, Bundesminister für Finanzen, Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft, Bundesminister für Handel und Wiederaufbau, Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe und vom Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten gegengezeichnet und mit dem Staatssiegel der Republik Österreich versehen worden.

Geschehen zu Wien, den 30. Jänner 1956.

Der Bundespräsident:
Körner

Der Bundeskanzler:
Raab

Der Bundesminister für Inneres:
Helmer

Der Bundesminister für Justiz:
Kapfer

Der Bundesminister für Finanzen:
Kamitz

Der Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft:
Thoma

Der Bundesminister für Handel und Wiederaufbau:
Illig

Der Bundesminister für Verkehr und verstaatlichte Betriebe:
Waldbrunner

Der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten:
Figl

Der Vertrag ist gemäß seinem Artikel 13 am 17. Feber 1956 in Kraft getreten.

Raab